

Der oberschlesische



W O R T

Heute:
Oberschlesien im Bild

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Banderer" erscheint wöchentlich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Oberschl. monatlich 2,70 Zloty, im Voraus zahlbar bei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2,70 Zloty — Briefe freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Beile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Beile 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Beilagenanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Beile 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auftragsvermittlung 0,10 GM. Beilagengebühr 4.— CM%. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbemerkung für

Parteitamp bis aufs Messer

Die Möglichkeit von Reichstags-Neuwahlen — Generalstreik als Wuchtmittel

B. Berlin, 30. Januar. In der Sozialdemokratischen Presse mehren sich die Hinweise auf Reichstagsneuwahlen. In der sozialistischen Bezirksversammlung im Gewerkschaftshaus hat Herrmann Müller für den Fall, daß neue Preußentwahlen stattfinden auch Neuwahlen zum Reichstag als wünschenswert bezeichnet. In der gleichen Versammlung wurde von Brolath der Generalstreik als eventuelles Wuchtmittel genannt, um erforderlichen Falles das Kabinett Luther zu stürzen.

Umbau des Steuerwesens

Wirtschaftliche Tragfähigkeit —

Nach den neuesten Ausweisen der Reichsfinanzverwaltung haben in den ersten 9 Monaten des laufenden Steuerjahres (vom 1. 4. bis 31. 12. 24) die Steuer- und Abgabenleistungen des Reiches die Vorauszahlungen bis zu 40 u. 50% überschritten. Bei Fortdauer der jetzigen Verhältnisse muß das Steuerjahr am 31. März 1925 mit einem erheblichen Ueberschuß abschließen. Zweifelsohne müßten im abgelaufenen Jahr die Steuern nur dem einen Ziele der Erhaltung der Währung angepaßt werden, wenn gleich dadurch die Gefahr groß wurde, daß diese Eingriffe, die Vernichtung der Konjunkturfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt mit sich bringen. Es war deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß im letzten Winter, wo nach Annahme der Dawes-Gesetze und nach Abschluß der amerikanischen Anleihe unsere Währung (hoffentlich endgültig) stabilisiert war, eine Senkung der Steuern eintrat.

Die Hauptarbeit steht aber noch bevor, nämlich der organische Aufbau unseres gesamten Steuerwesens. Wir müssen endlich aus dem aus der Not geborenen und nach und nach inneren Zusammenhang zustande gekommenen Steuerchaos heraus, das in seinem Wesen- und Zweckhandwerk und auch die Vielheit der Steuererklärungen eine höchst unübersichtliche Befähigung und durch die sich summierende einzelnen Abgaben eine unerträgliche Belastung unserer Wirtschaft darstellt. In erster Linie wird nötig sein, daß wir jede einzelne Steuerart (auch daraufhin unter die Lupe nehmen, ob sie den Produktionsprozess in einer Weise belastet, die ein wirtschaftliches Arbeiten allzusehr erschwert oder gar auszuschießen droht. Es ist selbstverständlich, daß solche Steuern auf die Dauer unerträglich sind; eine vernünftige Einkommen- und Vermögenssteuer wird deshalb neben der Besteuerung des entbehrlichen Konsums das Rückgrat unseres Steuerwesens werden müssen, während der übrige Teil, der die Steuerreform bestimmen muß, nur lauten darf: „Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Tragfähigkeit“. Vor allem muß so bald wie möglich mit dem unglücklichen System der Vorauszahlungen Schluss gemacht werden. Diese Vorauszahlungen waren eine Notwendigkeit für die öffentlichen Haushalte, als nach Beendigung der Inflation der Staat nach Erschöpfung der Konsumsteuern vor leeren Kassen stand und sich sofortige Einnahmen schaffen mußte. Nachdem es aber gelungen ist, Betriebsfonds anzusammeln, muß das System des Vorauszahlens auch auf die Vorauszahlungen angewandt werden. Die Vorauszahlungen sind wirtschaftlich und unerträglich, als sie in vielen Fällen gar keine Vorauszahlungen auf den Gehalt, sondern in Wahrheit Vorauszahlungen von unentgeltlichen Verlusten sind, die gerade die wirtschaftlich schwer kämpfenden besonders hart treffen.

Ein Umbau unseres Steuerwesens an Hand und Gliedern wird bei den Regierungen wie beim Reichstag ein schweres Stück Arbeit kosten, zumal der neue Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gleichzeitig getroffen werden muß. Wie das Jahr 1924 unter dem Zeichen der Festigung der Währung stand, muß das Jahr 1925 der Beilegung des Steuerchaos gewidmet sein.

Der Garantiepakt

Ob. Genf, 30. Januar. (Eig. Ber.) Der britische holbarnliche Lemps bringt eine neue Bedingung über einen vorbereitenden Schritt Deutschlands bei Herriot behufs Ausdrache über einen deutsch-französischen Garantiepakt. Herr v. Dösch werde seine diplomatische Demarche fortsetzen, die aber an die Frage der Räumung Kölns gebunden sei.

Keine Verständigung im Landtage

Ob. Berlin, 30. Januar. (Eig. Ber.) Weber der heutige, noch der morgige Tag werden die Lösung der Preußentrie bringen. Die Morgenblätter schreiben bereits, daß vor Mitte nächster Woche eine Verständigung der Parteien für die Person des neuen Minister-Präsidenten möglich sein wird. Die heutige Landtagssitzung wird nur eine Geschäfts-Ordnungs-Debatte bringen.

Der Finanz-Skandal

— Berlin, 30. Januar. Gegen die Barmat-Firmen Stern & Co., Polmann & Co. und die Finanzierungs-Gesellschaft Berlin wurde das Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beihilfe an den Straftaten der Brüder Barmat eröffnet. Verhandlungen sind bis heute Abend nicht bekannt geworden.

— Berlin, 30. Januar. Wie wir erfahren, hat die Zentrumskanzlei Herrn Postminister a. D. Soelle erneut erühen lassen, sein Mandat niederzulegen. Soelle der in diesem Fall mit seiner Verhaftung rechnen muß, hat eine Antwort bisher nicht erteilt, wird sich aber kaum freiwillig dem Wunsch seiner Partei fügen. Inzwischen ist in der Barmat-Katzen Affäre festgelegt, daß Kutischer im Jahre 1923 überhaupt keine

Steuern, 1924 aber nur Steuern für ein Einkommen unter M. 18 000,— gezahlt hat, während Barmat im letzten Jahre die Steuern sich wegen angeblicher Zahlungsunfähigkeit stunden ließ. Aus diesen schwerwiegenden Gründen lehnt auch der Untersuchungsrichter ab, der Frage einer Haftentlassung überhaupt näher zu treten.

Berlin, 30. Januar. (Eig. Ber.) In der Barmat-Affäre haben bis gestern 16 Herren Untersuchungsrichter in Nacht bezogen. Die Staatsanwaltschaft hat für Mittwoch kommender Woche den Staatssekretär vom Büro des Reichspräsidenten, Herrn Meißner zur Zeugenvernehmung vorgeladen, unabhängig von der gestrigen Vernehmung des Staatssekretärs im Untersuchungsamt des Landtages.

Herriots Unfall

TT. Paris, 30. Januar. Herriots gestrige Kammerrede wird von der Morgenpresse als ein großer Erfolg angesehen. Zahlreiche Mitglieder der Opposition haben hervorgehoben, daß die Stunde des Bürgerfriedens geschlagen habe. Es fragte sich nur, ob der Beifall der Opposition nicht Herriot die linksstehenden Sozialisten entfremden werde. Die Oppositionsblätter heften ausdrücklich fest, daß auch Poincaré die Rede Herriots ohne auch nur ein Wort daran zu ändern, hätte verfolgen können.

Frankreichs letzte Bedingungen

Rotterdam, 30. Januar. Evening Times melden aus Paris, der französische Handelsminister hat dem nach Berlin gereisten Herrn Trendelenburg ein neues Mindestprogramm der französischen Forderungen übergeben, das als endgültige und letzte Formulierung der französischen Bedingungen anzusehen.

Börse und Wulle

Steigerung der Getreidepreise

Ob. Rotterdam, 30. Januar. (Eig. Ber.) Der Contant meldet aus London: Auf der Londoner Getreidebörse kam es gestern zu wilden Tumulten. Veranlassung dazu gab das schnelle Sinken der Weizenpreise in Chile. Da der Chikaner Markt die gesamten Getreidepreise beeinflusst, so ist in der ganzen Welt eine Steigerung der Weizenpreise zu erwarten. In London selbst wird bereits von Montags an das Brot um einen Cent teurer sein.

England an Frankreichs Seite

R. Rotterdam, 30. Januar. (Privattelegramm.) Die Morningpost meldet, die gestrige englische Kabinettsitzung hat den englischen Vertreter im Vorschafsterrat dahin instruiert, daß der Festsetzung des Räumungstermins der ersten Zone am Rhein mit Rücksicht auf die noch nicht erfüllten Vertragsverpflichtungen Deutschlands vorläufig nicht näher getreten wird.

Die deutsche Antwort

— Berlin, 29. Januar.

Mit vorbildlicher Schnelligkeit hat wieder die Reichsregierung auf die neue Zwischennote der Alliierten geantwortet. Der Wortlaut entspricht zwar — und das wollen wir nicht tabeln — den Vorschriften der diplomatischen Höflichkeit, aber es klingt zwischen den Zeilen hoch genügend die Empörung des deutschen Volkes über das hochfahrende und vertragswidrige Benehmen der Alliierten heraus. Der Schwerpunkt der deutschen Note liegt natürlich in der Feststellung, daß der Artikel 429 des Versailler Vertrages den Deutschen ein Recht auf die Räumung der Zonen gibt und daß es nicht etwa nur der Gnade der Verbündeten abhängt, die Räumungstermine inne zu halten oder nicht. Jedes Rechtsgefühl wird in der Tat auf das Schwerste berufen, wenn die Gegenseite sich als läger und Richter in einer Person anstellt und wenn bei der Auflegung eines Vertrages eine Kontrahent diktatorisch vorgeht. Der beste Beweis für die völlige Entwaffnung und Ungefährlichkeit Deutschlands ist die Tatsache, daß die Alliierten ein solches Verfahren wegen Einem Staate, dessen Wahrhaftigkeit auch nur im geringsten zu fürchten wäre, würde niemand eine solche Schmach antun.

Deutsch-französische Spannungen

— Berlin, 29. Januar.

Es liegt im Wesen der Verhältnisse, daß die atmosphärischen Störungen der politischen Beziehungen in erster Linie die zwischen Deutschland und Frankreich laufenden Brüche zum Vorschein bringen. Die neue Reichsregierung hat durch ihre rasche und entschiedene Beantwortung der letzten Note der Alliierten in der Röhler Frage gezeigt, daß ihr sehr viel daran liegt, durch allweil Eingekisten die für die Weltentwicklung notwendige Klarheit zu schaffen. In Frankreich zeigt man für diese Bestrebungen wenig Verständnis. Die französischen Zeitungen müssen aber zugeben, daß Deutschland, ähnlich wie es seinerzeit durch die Regierung Rumo geschehen ist, Frankreich einen neuen Garantiepakt angeboten hat. Diese Angebote erschienen besonders in der Form, in der sie verbreitet werden, höchst unglaubwürdig.

Durch alle diese politischen Unstimmigkeiten wird naturgemäß auch die Weiterführung der seit längerer Zeit von Frankreich auf ein totes Geleise geschobenen Handelsvertragsverhandlungen aufs äußerste erschwert. Frankreich hat neue Vorschläge für das Übergangsstadium, an welchem Frankreich festhält, auf Wunsch der deutschen Vertreter präsentiert.

Auch diese Vorschläge, die eine Ueberbrückung der Waren bringen, für die Industrie zur Anwendung gelangen sollen, erscheinen wenig befriedigend. Die französische Presse versucht nach wie vor die deutsche Schwerindustrie als schuldig am Scheitern der Verhandlungen hinzustellen und findet dabei meistens gewisse deutsche Zeitungen die erwartete und in Rechnung gestellte Unterstützung. Der "Tempo" hat kürzlich ein angebliches Geheimabkommen zwischen der eisenerzeugenden und eisenerarbeitenden deutschen Industrie veröffentlicht, das seiner Ansicht nach die deutsch-französische Verständigung erschwert. In Wirklichkeit handelt es sich um das Protokoll von Besprechungen zwischen den erzeugenden und verarbeitenden Eisenindustriegruppen, die das Ziel haben, eine Entlung dieser Gruppen herzustellen, um die französische Währung auszufalten, zwischen beide Gruppen einen Keil zu treiben und den deutschen Unterhändlern gegenüber eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Während die erzeugende Industrie ein Interesse am Zollschutz gegenüber der französischen Produktion hat, besteht bei der verarbeitenden Industrie der Wunsch

Neue französische Uebungsplätze

(-) Genf, 30. Jan. (Privattele.) Das Pariser Journal meldet, daß in den Etat für 1925 die Anforderungen für drei weitere militärische Uebungsplätze in der besetzten Zone vorhanden sind. Das Blatt führt dazu, daß bezüglich der Rechte der französischen Kammer und beweise, daß noch nicht an ein Nachlassen der Besetzung am Rhein gedacht werde.

Argentinien wehrt sich

(-) Genf, 30. Januar. Der Herald meldet aus Buenos Aires: Die argentinische Realeruna hat die Differenz nach Lieferuna von Dampfseifen für die argentinische Kanonenboote anamommen. Die argentinische Realeruna wird diese Bestellung auch gegen den Einbruch dritter Mächte aufrecht erhalten und eventuell die Entscheidung des Völkerbundes anrufen.

Der Völkerbundsantrag

R. Rotterdam, 30. Januar. Die Londoner Times melden aus Genf: Das deutsche Völkerbundbrosche wurde auf die Tagesordnung der am 19. März beginnenden Tagung des Völkerbundrates gesetzt.

Lohnforderungen in der Industrie

G. Berlin, 30. Januar. In der Berliner Industrie sind Montag früh neue Lohnforderungen der Betriebsräte überreicht worden, die eine Erhöhung der Stundenlöhne um 25 % verlangen.

Eine weibliche Grenzwehr

Apentade, 30. Januar. Wie das Apentader Tageblatt mitteilt, wird von den Vänen in Habersleben nach dem Muster der männlichen Grenzwehr auch eine weibliche Grenzwehr-Organisation für Nord-Schleswig gebildet.